



ETL-Heimfarth & Kollegen GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bericht

über die Prüfung
des Jahresabschlusses
und des Lageberichtes
zum

31. Dezember 2023

**GWQ ServicePlus AG,
Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit
und Qualität bei Krankenkassen
Düsseldorf**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Anlagenverzeichnis	3
A. Prüfungsauftrag	4
B. Grundsätzliche Feststellungen	5
I. Lage des Unternehmens	5
C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	7
D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	11
E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	14
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	14
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	15
F. Schlussbemerkung	16

Anlagenverzeichnis

1. Bilanz zum 31. Dezember 2023
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2023
4. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023
5. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
6. Rechtliche und steuerliche Verhältnisse
7. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

*Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von + / - einer Einheit (T€, €, % usw.) auftreten.
Ausschließlich zum Zweck der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern das generische Maskulinum verwendet. Die gewählte Schreibweise bezieht sich jedoch immer zugleich auf weibliche, männliche und diverse Personen.*

A. Prüfungsauftrag

Der Aufsichtsrat der

**GWQ ServicePlus AG,
Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen
(nachfolgend "GWQ")**

hat uns aufgrund des Beschlusses des Aufsichtsrats mit der gesetzlichen Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2023 beauftragt.

Darüber hinaus wurden wir beauftragt, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft zum Abschlussstichtag gesondert aufzubereiten und zu erläutern. Wir sind diesem Auftrag durch die "Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage" in Anlage 7 nachgekommen.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V., Düsseldorf (IDW PS 450 n.F.).

Dieser Prüfungsbericht richtet sich an die GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen.

Dem Auftrag liegen die als Anlage beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017" zugrunde, deren Geltung auch im Verhältnis zu Dritten vereinbart ist. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach § 323 Abs. 2 HGB.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Lage des Unternehmens

Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Bei der Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter sind aus unserer Sicht folgende Kernaussagen hervorzuheben:

- "Der Umsatz des abgelaufenen Geschäftsjahres betrug T€ 15.028 (Vorjahr: T€ 13.193). Damit konnte ein Umsatzzuwachs von 13,9 % realisiert werden."
- "Im Geschäftsjahr 2023 hat eine weitere Kundenkasse GWQ eigene Aktien erworben, so dass zum 31. Dezember 2023 34 Krankenkassen (Vorjahr 33) Aktien der GWQ halten. Zudem konnte eine neue Kasse als Kunde hinzugewonnen werden. Insgesamt vertritt die GWQ 75 Kunden- und Aktionärskassen mit 24.499.900 Versicherten. Alle Leistungen an nahestehende Personen wurden zu marktüblichen Preisen abgerechnet."
- "Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts stellt sich die GWQ ServicePlus AG als erfolgreiches Unternehmen dar. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist sehr gut. Die GWQ ServicePlus AG hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 weiterhin gut entwickelt. Im Vergleich zur Planung für das Geschäftsjahr 2023 hat sich die GWQ ServicePlus AG planmäßig entwickelt."

Voraussichtliche Entwicklung

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Aspekte hinzuweisen:

- "Trotz der allgegenwärtigen inflationsbedingten Kostensteigerungen rechnen wir auch für 2024 mit einem positiven Geschäftsergebnis."
- "Wesentliche Risiken der Gesellschaft können sich insbesondere durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen sowie durch den anhaltenden Trend zur Konzentration von Krankenkassen und damit einem schrumpfenden Kundenkreis ergeben. Zudem wird sich aufgrund der Vielzahl der vor allem in der letzten und vorletzten Legislaturperiode verabschiedeten finanzwirksamen Gesetze die finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenkassen voraussichtlich weiter verschlechtern. Dieser Effekt wird weiterhin durch die nachlassende Wirtschaftsleistung und eine höhere Inflationsrate verstärkt."
- "Geopolitisch stellt der anhaltende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und weitere Konflikte weiterhin ein unspezifisches Gesamtrisiko für die Gesellschaft dar. Zudem zeigt sich, dass Deutschland auch im Gesundheitssektor, insbesondere im Arzneimittelmarkt, von Ländern wie China und Indien abhängig ist."

Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zutreffend dar.

C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

-
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
 - führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß der §§ 316 ff. HGB die Buchführung und den Jahresabschluss sowie den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Der Jahresabschluss besteht aus Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang.

Die Prüfung der Einhaltung anderer Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus ihnen üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss und dem Lagebericht ergeben.

Insbesondere war Gegenstand unseres Auftrags weder die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z. B. Unterschlagungen oder sonstige Untreuehandlungen, noch die Aufdeckung und Aufklärung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten sowie von bedeutsamen Schwächen des nicht rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung haben wir jedoch so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden.

Wir weisen darauf hin, dass die gesetzlichen Vertreter für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten Kontrollen und die uns gegenüber gemachten Angaben die Verantwortung tragen.

Unsere Prüfung erstreckt sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens zugesichert werden kann.

Wir haben die Prüfung in der Zeit vom 27. Februar 2024 bis 11. März 2024 durchgeführt.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns vom Vorstand und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern erteilt worden. Der Vorstand hat uns die Vollständigkeit von Buchführung, Jahresabschluss sowie Lagebericht schriftlich bestätigt.

Art und Umfang der Prüfung

Unsere Prüfung haben wir entsprechend den Vorschriften der §§ 317 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen und uns dabei von nachfolgend beschriebenen Zielsetzungen leiten lassen:

Das Ziel unserer Abschlussprüfung besteht darin, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, dass der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten und unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist. Hinreichende Sicherheit stellt ein hohes Maß an Sicherheit dar, ist aber keine Garantie, dass eine wesentliche falsche Darstellung stets aufgedeckt wird. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken und Fälschungen bzw. das Außerkraftsetzen von internen Kontrollen beinhalten können.

Auf Grundlage der Prüfungsnachweise ziehen wir zudem Schlussfolgerungen, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen und Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und des Lageberichts aufmerksam zu machen, oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unsere Prüfungsurteile zu modifizieren.

Während der gesamten Abschlussprüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Im Rahmen unserer Prüfung beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben. Unsere Prüfung umfasst weiterhin die Würdigung der Gesamtdarstellung, des Aufbaus und des Inhalts des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben, sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

Unsere Prüfung des Lageberichts ist in die Prüfung des Jahresabschlusses integriert. Wir beurteilen den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens. Auf Grundlage unseres Verständnisses der von den gesetzlichen Vertretern als notwendig erachteten Vorkehrungen und Maßnahmen haben wir angemessene Prüfungshandlungen geplant, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

Wir haben Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durchgeführt. Dabei haben wir insbesondere die zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nachvollzogen und deren Vertretbarkeit sowie die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben beurteilt. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben und den zugrunde liegenden Annahmen haben wir damit nicht abgegeben, da ein erhebliches unvermeidbares Risiko besteht, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen. Unser Prüfungsurteil betrifft den Lagebericht als Ganzes und stellt kein eigenständiges Prüfungsurteil zu einzelnen Angaben im Lagebericht dar.

Unter Beachtung dieser Grundsätze haben wir folgendes Prüfungsvorgehen entwickelt:

Der Prüfungsplanung lagen unser Verständnis des Geschäftsumfelds sowie des für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystems und der für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen zugrunde. Auf Grundlage unserer Einschätzung der Prozessabläufe und implementierten Kontrollen sowie der daraus abgeleiteten Risiken wesentlicher falscher Angaben im Jahresabschluss haben wir Prüfungshandlungen durchgeführt und ausreichende und angemessene Prüfungsnachweise eingeholt.

Auf Basis unserer Risikoeinschätzung und unserer Kenntnis der Geschäftsprozesse haben wir zunächst kontrollbasierte Prüfungshandlungen vorgenommen. In Abhängigkeit von unserer Beurteilung der Wirksamkeit ausgewählter rechnungslegungsbezogener Kontrollmaßnahmen haben wir analytische Prüfungshandlungen, toolgestützte Datenanalysen sowie in durch bewusste Auswahl gezogenen Stichproben Einzelfallprüfungen zur Beurteilung von Einzelsachverhalten durchgeführt. Unsere Beurteilung der Wirksamkeit ausgewählter rechnungslegungsbezogener Kontrollmaßnahmen stellt kein Gesamturteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft als Ganzes dar.

Unsere Prüfungsstrategie hat zu folgenden Prüfungsschwerpunkten geführt:

- Vollständigkeit und Existenz der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
- Vollständigkeit der sonstigen Verbindlichkeiten.

Bei der Prüfung, ob die von der Gesellschaft getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten, haben wir unser Urteil auf eine Softwareprüfung nach den Grundsätzen des IDW PS 880 durch BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, vom 29. August 2016 gestützt.

Durch die Einholung von Saldenbestätigungen überzeugten wir uns von der zutreffenden Bilanzierung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Von Kreditinstituten wurden Bankbestätigungen eingeholt.

Rechtsanwaltsbestätigungen über Rechtsstreitigkeiten wurden eingeholt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Nachweise bei der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 und der Beurteilung des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2023 der GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen.

E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Grundlagen und Ordnungsmäßigkeit der Buchführung

Unsere Prüfung ergab in allen wesentlichen Belangen die formale und materielle Ordnungsmäßigkeit der Buchführung. Die neben der Buchführung aus weiteren Unterlagen entnommenen Informationen sind ordnungsgemäß in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht abgebildet worden.

Bei unserer Prüfung haben wir festgestellt, dass die von der Gesellschaft getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Das von der Gesellschaft eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) sieht dem Geschäftszweck und -umfang entsprechende, angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor. Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtszeitraum keine nennenswerten organisatorischen Veränderungen erfahren.

Jahresabschluss

Der Vorjahresabschluss wurde von der Gesellschafterversammlung am 21. Juni 2023 festgestellt und fristwährend dem Bundesanzeiger übermittelt.

Der Jahresabschluss der GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang zum 31. Dezember 2023, ist unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften für mittelgroße Kapitalgesellschaften aufgestellt worden. Von den größenabhängigen Erleichterungen für die Aufstellung des Jahresabschlusses wurde Gebrauch gemacht.

Die uns vorgelegte Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung ist ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen.

Die gesetzlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung und Ausweis sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.

In dem von der Gesellschaft aufgestellten Anhang sind die auf die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind in allen wesentlichen Belangen vollständig und zutreffend dargestellt.

Die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB ist bezüglich der Angaben zu den Bezügen des Vorstandes im Anhang zu Recht in Anspruch genommen worden.

Lagebericht

Der Lagebericht steht in allen wesentlichen Belangen in Einklang mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Der Lagebericht vermittelt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens und stellt die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar. Die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB sowie weiterer gesetzlicher Vorschriften sind vollständig und zutreffend.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entspricht und insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und sonstiger maßgeblicher Rechnungslegungsgrundsätze ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind zutreffend im Anhang dargestellt und wurden unverändert zum Vorjahr angewendet. Folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die Nutzung von Ermessensspielräumen haben Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage:

- Forderungen sind zum Nennwert bewertet, wobei Provisionsforderungen für die letzten beiden Quartale vorsichtig geschätzt werden, da die zur endgültigen Berechnung notwendigen Daten noch nicht zur Verfügung stehen.

F. Schlussbemerkung

Wir erstatten diesen Bericht über unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften. Dem Prüfungsbericht liegen die "Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten" (IDW PS 450 n.F.) zugrunde.

Eine Verwendung des unter Abschnitt C. wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb des Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Koblenz, 11. März 2024

ETL-Heimfarth & Kollegen GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Joris Bühler
Wirtschaftsprüfer

Helmut Heimfarth
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf

Bilanz zum 31. Dezember 2023

AKTIVA

	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. EDV-Programme	2.850,00	21.324,00
2. Geleistete Anzahlungen	<u>57.797,50</u>	<u>57.797,50</u>
	60.647,50	79.121,50
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.276.757,00	891.633,00
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>6.347,10</u>	<u>375.034,00</u>
	1.283.104,10	1.266.667,00
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	<u>12.500,00</u>	<u>0,00</u>
	1.356.251,60	1.345.788,50
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.088.918,26	2.322.825,67
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>114.838,51</u>	<u>19.614,42</u>
	3.203.756,77	2.342.440,09
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	<u>4.043.594,25</u>	<u>4.104.527,97</u>
	7.247.351,02	6.446.968,06
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>715.520,46</u>	<u>520.191,00</u>
	<u>9.319.123,08</u>	<u>8.312.947,56</u>

PASSIVA

	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital		
1. Gezeichnetes Kapital	356.743,00	356.743,00
2. Eigene Anteile	<u>-744,00</u>	<u>-994,00</u>
	355.999,00	355.749,00
II. Kapitalrücklage	1.311.735,00	1.306.485,00
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	33.534,30	33.534,30
2. Andere Gewinnrücklagen	<u>2.666.465,70</u>	<u>2.666.465,70</u>
	2.700.000,00	2.700.000,00
IV. Bilanzgewinn	<u>1.830.406,19</u>	<u>1.402.870,02</u>
	6.198.140,19	5.765.104,02
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	274.343,85	84.712,83
2. Sonstige Rückstellungen	<u>1.313.306,40</u>	<u>1.326.077,93</u>
	1.587.650,25	1.410.790,76
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	470.020,97	379.733,24
2. Sonstige Verbindlichkeiten	1.063.311,67	757.319,54
- davon aus Steuern: € 1.031.203,40 (Vorjahr: € 661.345,58)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 31.299,33 (Vorjahr: € 24.858,26)		
	<u>1.533.332,64</u>	<u>1.137.052,78</u>
	<u>9.319.123,08</u>	<u>8.312.947,56</u>

**GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität
bei Krankenkassen, Düsseldorf**

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

	2023 €	2022 €
1. Umsatzerlöse	15.027.857,17	13.192.877,52
2. Sonstige betriebliche Erträge	560.240,33	394.811,96
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.594.587,75	2.563.788,24
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	7.072.684,17	6.452.285,85
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.324.474,88	1.217.214,14
	8.397.159,05	7.669.499,99
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	426.014,96	343.044,85
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.489.675,22	2.341.396,88
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-34,69	5.363,58
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.759,46	1.749,96
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	539.491,20	221.781,66
10. Ergebnis nach Steuern	1.139.375,17	451.791,48
11. Sonstige Steuern	341,00	341,00
12. Jahresüberschuss	1.139.034,17	451.450,48
13. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	691.372,02	951.419,54
14. Bilanzgewinn	1.830.406,19	1.402.870,02

GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

A. Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag weiterhin die Größenmerkmale einer mittelgroßen Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 2 HGB auf. Sie wird beim Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter der Nummer HRB 71881 geführt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des HGB §§ 242 ff. erstellt.

Die Darstellungen des Jahresabschlusses wurden gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten.

B. Bilanz

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanz wurde entsprechend dem in § 266 HGB vorgegebenen Gliederungsschema aufgestellt.

Die Ausübung von Bilanzierungswahlrechten und die angewandten Bewertungsmethoden werden nachfolgend bei den einzelnen Bilanzpositionen dargestellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten worden.

2. Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Anteilige Fremdkapitalzinsen wurden nicht aktiviert.

Die Abschreibungen erfolgen nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die Zugänge werden pro rata temporis abgeschrieben.

GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

Die Nutzungsdauer wird bei den einzelnen Vermögensgegenständen wie folgt unterstellt:

Vermögensgegenstände	Nutzungsdauer / Jahre	Abschreibungs- methode
Software, Lizenzen	3 - 5	linear
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 25	linear

Geringwertige Vermögensgegenstände werden aktiviert und im Anschaffungsjahr abgeschrieben.

Die Aufgliederung der Anlageposten und ihre Entwicklung im Geschäftsjahr 2023 ist im Anlage-
spiegel dargestellt (Anlage A). Die Abschreibungen des Geschäftsjahres 2023 sind ebenfalls
dem Anlagespiegel zu entnehmen.

3. Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nominalwerten angesetzt.

Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestehen am Abschlussstichtag
nicht.

4. Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich wie folgt entwickelt:

	2023 T€	2022 T€
Gezeichnetes Kapital	357	357
Eigene Anteile	-1	-1
Kapitalrücklage	1.312	1.306
Gesetzliche Rücklagen	34	34
Gewinnrücklagen	2.666	2.666
Bilanzgewinn	1.830	1.403
Stand Geschäftsjahresende	<u>6.198</u>	<u>5.765</u>

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 1. Juli 2020 ermächtigt, das
Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 21. Juli 2025 durch Ausgabe neuer
Aktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrmalig um insgesamt € 35.674,00 zu erhöhen.

GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

Das Grundkapital der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr nicht erhöht und beträgt wie im Vorjahr zum 31. Dezember 2023 € 356.743,00. Das Grundkapital ist eingeteilt in 356.743 Stückaktien im Nominalwert von € 1,00.

Die GWQ hält eigene Aktien, die im Zusammenhang von Krankenkassenfusionen in der Zeit von 2010 bis 2012 von Aktionären zurückgekauft wurden. Wie in den Vorjahren konnte auch in 2023 ein weiterer Aktionär hinzugewonnen werden, der 250 Aktien aus dem GWQ eigenen Bestand erworben hat. Damit beträgt der Bestand der eigenen Aktien zum 31. Dezember 2023 nun 744 Stück. Zum Jahresende beträgt die Anzahl der Aktionäre somit 34.

Die im Eigenkapital erfasste Kapitalrücklage wurde aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 21. Januar 2009 eingestellt. Daneben wurden in Vorjahren von Aktionären insgesamt T€ 9 als Zuzahlung in die Kapitalrücklage geleistet. Durch den Verkauf der eigenen Aktien ist die Kapitalrücklage durch das vereinnahmte Agio um T€ 5 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Die im Eigenkapital erfasste Gewinnrücklage wurde gemäß § 150 Abs. 2 AktG bzw. auf Beschlüsse der Hauptversammlungen vom 23. Mai 2012 und 11. Juni 2013 in Höhe von jeweils T€ 1.000 gebildet. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Juni 2014 wurden weitere T€ 666 in die Gewinnrücklage eingestellt.

GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

5. Rückstellungen

Die Rückstellungen decken alle bis zum Bilanzstichtag erkennbaren Risiken ab. Die Rückstellungen werden mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

	2023 T€	2022 T€
Ausstehende Prämien und Boni	676	674
Archivierungskosten	199	206
Urlaubsrückstellungen	134	126
Ausstehende Rechnungen, Rechtsanwaltskosten und Nebenkosten	56	78
Rückstellung für geleistete Überstunden	38	0
Verbindlichkeitsrückstellung mietfreie Zeit	132	170
Übrige	78	72
	<u>1.313</u>	<u>1.326</u>

Die übrigen Rückstellungen setzen sich aus Rückstellungen für Steuerberatungs- und Jahresabschlusskosten, Schwerbehindertenausgleichsabgabe sowie Kosten für Betriebsprüfungen zusammen.

6. Verbindlichkeiten

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Die Verbindlichkeiten haben, wie im Vorjahr, eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Außer üblichen Eigentumsvorbehalten bestehen keine gesonderten Sicherungsrechte.

C. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde entsprechend den Vorschriften gem. § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

2. Periodenfremde Erträge

Die periodenfremden Erträge setzen sich vorwiegend aus Erlösen aus Vorjahren zusammen. Die Höhe der periodenfremden Erträge beträgt T€ 421.

GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

D. Sonstige Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	bis zu einem Jahr T€	zwischen einem und fünf Jahren T€	mehr als fünf Jahre T€
Verpflichtungen aus Mietverträgen	568	2.281	557
Verpflichtungen aus Versicherungen	121	484	121
Verpflichtungen aus IT	1.497	5.789	1.306
Übrige Verpflichtungen	530	1.623	362
	<u>2.716</u>	<u>10.177</u>	<u>2.346</u>

Für abgeschlossene Mietverträge werden Avalbürgschaften der Hausbank in Höhe von T€ 167 den Vermietern zur Verfügung gestellt.

2. Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer

	2023	2022
Angestellte	<u>104</u>	<u>99</u>

3. Unternehmen, an denen ein Anteilsbesitz von 20 % und mehr besteht

Firma	Sitz	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital des letz- ten Geschäftsjahres, für das ein Jahresabschluss vorliegt €	Jahres- ergebnis €
UniQK - GWQ spectrumK	Essen	50,00	liegt nicht vor	liegt nicht vor
Die virtuelle Geschäftsstelle GmbH				

Die UniQK - GWQ spectrumK Die virtuelle Geschäftsstelle GmbH wurde am 1. Juni 2023 gegründet. Die GWQ ServicePlus AG hält einen Anteil in Höhe von 50 % (12.500,00 €) am Kapital. Aufgrund der Neugründung liegt noch kein Jahresabschluss vor.

GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

4. Mitglieder der Geschäftsführung

Vorstand:	Dr. Johannes Thormählen M.H.A.
Aufsichtsrat:	Dr. Gertrud Demmler, Vorständin SBK Siemens-Betriebskrankenkasse (Vorsitzende des Aufsichtsrates) Siegfried Gänsler, Vorstandsvorsitzender vivida bkk (stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates) Gerhard Fuchs, Vorstandsvorsitzender Audi BKK Thomas Johannwille, Vorstand Bertelsmann BKK Ute Schrader, Vorständin Salus BKK Gerhard Wargers, Vorstand BKK firmus (bis 21. Juni 2023) Daniel Schilling, Vorstand IKK Südwest (ab 21. Juni 2023) Toralf Speckhardt, Vorstand Mercedes-Benz BKK (ab 21. Juni 2023)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Vergütung erhalten.

5. Sonstige Angaben

Die GWQ ServicePlus AG verwaltet treuhänderisch Bankkonten für verschiedene Krankenkassen.

Der Guthabensaldo zum 31. Dezember 2023 beträgt insgesamt T€ 71.828.

Verfügungsberechtigt über diese Konten ist allein die GWQ ServicePlus AG; für den Fall der Insolvenz der Gesellschaft ist nach § 47 InsO ein Aussonderungsrecht des Treugebers anerkannt.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

**GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit
und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf**

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

7. Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, von dem Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2023 in Höhe von € 1.830.406,19 einen Betrag von € 2,00 je Aktie (insgesamt € 711.998,00) auszuschütten und den Restbetrag in Höhe von € 1.118.408,19 auf neue Rechnung vorzutragen. Eigene Aktien der Gesellschaft sind nicht dividendenberechtigt.

Düsseldorf, 11. März 2024



Dr. Johannes Thormählen M.H.A.
(Vorstand)

GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN					KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN				NETTOBUCHWERTE	
	1. Jan. 2023 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	31. Dez. 2023 €	1. Jan. 2023 €	Zugänge €	Abgänge €	31. Dez. 2023 €	31. Dez. 2023 €	31. Dez. 2022 €
I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE											
1. EDV-Programme	1.890.260,02	0,00	0,00	0,00	1.890.260,02	1.868.936,02	18.474,00	0,00	1.887.410,02	2.850,00	21.324,00
2. Geleistete Anzahlungen	57.797,50	0,00	0,00	0,00	57.797,50	0,00	0,00	0,00	0,00	57.797,50	57.797,50
	1.948.057,52	0,00	0,00	0,00	1.948.057,52	1.868.936,02	18.474,00	0,00	1.887.410,02	60.647,50	79.121,50
II. SACHANLAGEN											
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.893.486,69	507.861,90	284.803,06	1.606,43	3.684.545,22	2.001.853,69	407.540,96	1.606,43	2.407.788,22	1.276.757,00	891.633,00
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	375.034,00	26.496,16	-284.803,06	110.380,00	6.347,10	0,00	0,00	0,00	0,00	6.347,10	375.034,00
	3.268.520,69	534.358,06	0,00	111.986,43	3.690.892,32	2.001.853,69	407.540,96	1.606,43	2.407.788,22	1.283.104,10	1.266.667,00
III. FINANZANLAGEN											
Beteiligungen	0,00	12.500,00	0,00	0,00	12.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.500,00	0,00
	5.216.578,21	546.858,06	0,00	111.986,43	5.651.449,84	3.870.789,71	426.014,96	1.606,43	4.295.198,24	1.356.251,60	1.345.788,50

GWQ ServicePlus AG

Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Die GWQ ServicePlus AG erbringt Dienstleistungen für gesetzliche Krankenkassen. Das Gesellschaftsziel ist die Steigerung von Qualität, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit bei Krankenkassen. Das Leistungsspektrum der GWQ umfasst neben dem Einkauf und der Beschaffung von Arznei- und Hilfsmitteln den Aufbau von Versorgungsmanagementangeboten auf bundesweiter Ebene und eine umfassende Unterstützung – von der Verhandlung bis zum Controlling und der Abrechnung – bei der Umsetzung von Selektivverträgen (wie z.B. der Hausarztzentrierten Versorgung), Serviceleistungen im Bereich Informations- und Datenmanagement sowie Datenanalytik. Die Organisation des Vollziehungsclearings bis hin zur Entwicklung und Steuerung von Leistungs- und Versicherungsangeboten ergänzen das Angebot. Um leistungsstarke Angebote für Kassen und Versicherte auch weiterhin zukunftsfähig und attraktiv zu gestalten, setzt die GWQ zur Erweiterung ihres Produktportfolios außerdem auf innovative, digitale Gesundheitslösungen, bei deren Entwicklung sie auf ein Netzwerk professioneller Partner zurückgreifen kann.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Laut ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,3 % zum Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug der Rückgang der Wirtschaft 0,1 %.

Geprägt war die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland weiterhin von einem krisen-geprägten Umfeld und einer insgesamt gedämpften Konjunktur. Hierbei kann diese auf ein weiterhin hohes Preisniveau auf allen Ebenen sowie eine hohe Zinspolitik zurückgeführt werden.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2023 von 45,9 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht, rund 0,7 % bzw. 333.000 mehr als im Jahr 2022. Damit waren so viele Menschen wie noch nie in Deutschland erwerbstätig. Die Effekte des demografischen Wandels konnten unter anderem durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte als auch durch die steigende Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung gemindert werden.

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2023 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von 82,7 Milliarden Euro. Das waren knapp 14 Milliarden Euro weniger als im Jahr 2022 (96,9 Milliarden Euro). Gemessen am nominalen BIP errechnet sich für den Staat im Jahr 2023 eine Defizitquote von 2,0 %, die damit deutlich niedriger ist als in drei vorangegangenen Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden Januar 2024

1.2 Entwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung

Die 96 gesetzlichen Krankenkassen haben im 1. bis 3. Quartal 2023* ein Defizit von rund 1,0 Mrd. Euro verbucht. Das Defizit kann durch die im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz verankerte Abfuhr¹ von Finanzreserven an den Gesundheitsfonds von rund 1,0 Mrd. Euro begründet werden. Ohne diese rechtlich bedingte Abfuhr läge ein Überschuss von rund 900 Mio. Euro vor. Die Finanzreserven der Krankenkassen betrugen Ende September 9,3 Mrd. Euro bzw. rund 0,4 Monatsausgaben und entsprachen damit dem Zweifachen der gesetzlich vorgesehenen Mindestreserve. Der Gesundheitsfonds, der zum Stichtag 16. Januar 2023 über eine Liquiditätsreserve von rund 12 Mrd. Euro verfügte, verzeichnete in den ersten neun Monaten des Jahres 2023 ein Defizit von 6,9 Mrd. Euro.

Den Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen in Höhe von 227,2 Mrd. Euro standen Ausgaben in Höhe von 228,1 Mrd. Euro gegenüber. Die Beitragseinnahmen (ohne Zusatzbeiträge) stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,6 Prozent. Die Ausgaben für Leistungen und Verwaltungskosten verzeichneten bei einem Anstieg der Versichertenzahlen von 1,0 Prozent einen Zuwachs von 4,9 Prozent. Der durchschnittlich von den Krankenkassen erhobene Zusatzbeitragssatz zum Quartalsende lag mit 1,51 Prozent leicht unterhalb des Ende Oktober 2022 für das Jahr 2023 bekannt gegebenen durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes von 1,6 Prozent. Die Leistungsausgaben stiegen dabei um 5,2 Prozent während sich die Verwaltungskosten um 1,0 Prozent reduzieren. Die Reduktion der Verwaltungskosten ist auf die hohen Altersrückstellungen der vergangenen Jahre zurückzuführen.

Insbesondere zeigt sich bei den Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen eine überdurchschnittliche Dynamik mit einer Steigerung um 9,6%. Weiter sind durch das Tariftreuegesetz die Ausgaben für die häusliche Krankenpflege mit 12,9% gestiegen. Eine ebenfalls deutliche Steigerung ergibt sich zudem bei Schutzimpfungen mit 15,9%.

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 08. Dezember 2023

* Zum Zeitpunkt der Berichterstellung lagen die finalen Finanzergebnisse der GKV für das Gesamtjahr 2023 noch nicht vor.

1.3 Entwicklung der GWQ ServicePlus AG

Umsatz und Auftragsentwicklung

Der Umsatz des abgelaufenen Geschäftsjahres betrug T€ 15.028 (Vorjahr: T€ 13.193). Damit konnte ein Umsatzzuwachs von 13,9 % realisiert werden.

Im Geschäftsjahr 2023 hat eine weitere Kundenkassen GWQ eigene Aktien erworben, so dass zum 31.12.2023 34 Krankenkassen (Vorjahr 33) Aktien der GWQ halten. Zudem konnte eine neue Kasse als Kunde hinzugewonnen werden. Insgesamt vertritt die GWQ 75 Kunden- und Aktionärskassen mit 24.499.900 Versicherten. Alle Leistungen an nahestehende Personen wurden zu marktüblichen Preisen abgerechnet.

¹ Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz verpflichtet die Krankenkasse zu der Abfuhr der Finanzreserven von 2,5 Mrd. € an den Gesundheitsfonds zu leisten. Für das 4. Quartal ist ein Betrag von rund 0,6 Mrd. € ausstehend.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von T€ 534 (Vorjahr: T€ 1.195) getätigt. Die Investitionen entfallen insbesondere auf IT-Zugänge sowie auf Büroausstattung (55 T€).

Personal und Sozialbereich

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 waren 108 Mitarbeiter (Vorjahr: 103) dauerhaft bei der GWQ ServicePlus AG beschäftigt. Die Mitarbeiter wurden in den units Health Care, Staff, Informationsmanagement sowie Administration & Service eingesetzt.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die GWQ ServicePlus AG konnte das Geschäftsjahr wirtschaftlich erfolgreich beenden und das Unternehmen im Sinne der Gesamtstrategie weiterentwickeln. Dabei konnten die Kerngeschäftsfelder beispielsweise durch die erfolgreiche Neukundengewinnung in den Geschäftsbereichen Arzneimittelmanagement und Rehabilitation weiter ausgebaut werden. Aber auch das Hausarzt+ Programm erzielte nennenswerte Erfolge. So konnte bereits im Sommer 2023 die Teilnehmermarke von einer viertel Million erreicht werden.

Die GWQ ServicePlus AG ist im Jahr 2023 aber auch neue Wege gegangen. So wurde beispielsweise das Unternehmen restrukturiert und im Rahmen der "New GWQ" neu organisiert. Zudem ist die GWQ neue Kooperationen eingegangen. Hierdurch konnte unter anderem das Produktportfolio im digitalen Segment erweitert wie auch eine Tochtergesellschaft (UniQK GmbH) mit einem Marktbegleiter gegründet werden. Als Resultat dieser Aktivitäten lässt sich beispielsweise der erfolgreiche Launch des Online-Beitrittsmanagers im Bereich der Hilfsmittelversorgung nennen.

Intensiv hat sich die GWQ ServicePlus AG in diesem Jahr mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt und hierfür eine eigene Stabstelle eingerichtet, welche die Themen in die unterschiedlichen Fachbereiche integriert. So unterstützt das Unternehmen beispielsweise seit diesem Jahr die Initiative "Nachhaltige Praxis" für die Klimawandelresilienz in der ambulanten Versorgung.

2. Darstellung der Lage

Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 weist die GWQ ServicePlus AG eine Bilanzsumme von T€ 9.319 (Vorjahr: T€ 8.312) aus und liegt damit deutlich höher als im Vorjahr. Neben einer geringfügigen Steigerung im Anlagevermögen n (2023: T€ 1.356, Vorjahr: T€ 1.346) sind insbesondere die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (2023: T€ 3.089, 2022: T€ 2.322) und auch die sonstigen Vermögensgegenstände (2023: T€ 115 T€ 2022: T€ 20) im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Liquidität liegt in etwa auf den Niveau des Vorjahres (2023: T€ 4.044, 2022: T€ 4.104).

Das Eigenkapital ist um rund T€ 434 auf T€ 6.198 (Vorjahr: T€ 5.765) gestiegen; ebenso wie die Rückstellung um T€ 176 (2023: T€ 1.588, 2022: T€ 1.411) und auch die Verbindlichkeiten um T€ 397 gestiegen sind (2023: T€ 1.533, 2022: T€ 1.137)

Finanzlage

Zum Bilanzstichtag konnten liquide Mittel in Höhe von T€ 4.044 (Vorjahr: T€ 4.104) ausgewiesen werden. Dies entspricht einem Liquiditätsabfluss von T€ 60. Dabei wurden Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit generiert (T€ 1.083); während sich Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeiten (T€ 437) und Dividendenzahlung für 2022 (T€ 711) ergaben. Die finanzielle Lage der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 war wie auch in den Vorjahren ausreichend gesichert. Die Gesellschaft finanziert sich ausschließlich aus eigenen Mitteln.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2023 betrugen T€ 15.028 (Vorjahr: T€ 13.193). Diesen standen Materialaufwendungen für bezogene Leistungen von T€ 2.595 (Vorjahr: T€ 2.564), Personalaufwand von T€ 8.397 (Vorjahr: T€ 7.669), Abschreibungen von T€ 426 (Vorjahr T€ 343) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von T€ 2.490 (Vorjahr: T€ 2.341) gegenüber. Das Ergebnis vor Steuern betrug T€ 1.679 (Vorjahr: T€ 674). Unter Berücksichtigung des sich daraus ergebenden Steueraufwandes für das Berichtsjahr von T€ 539 (Vorjahr: T€ 222) ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.139 (Vorjahr: T€ 451).

Zusammenfassende Beurteilung

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts stellt sich die GWQ ServicePlus AG als erfolgreiches Unternehmen dar. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist sehr gut. Die GWQ ServicePlus AG hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 weiterhin gut entwickelt. Im Vergleich zur Planung für das Geschäftsjahr 2023 hat sich die GWQ ServicePlus AG planmäßig entwickelt.

3. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken

Die GWQ sieht sich künftig als noch stärkeren Partner für innovative, digitale und datenanalytische Angebote, um auf dieser Basis die Gesundheitsversorgung weiter zu verbessern. Hierbei sollen im Geschäftsjahr 2024 weitere neue digitale Geschäftsmodelle geschaffen sowie der Fokus auf E-Health und hybride Versorgungsangebote verstärkt werden. So wird insbesondere in dem erst kürzlich beschlossenen Gesundheitsdatennutzungsgesetz eine Chance gesehen, das Angebot des Health Data Lab zu erweitern und den Kundenkassen hierdurch neue Möglichkeiten und Erkenntnisse für die Versorgung ihrer Versicherten anzubieten.

Die Weiterentwicklung der Kerngeschäftsfelder der GWQ und die Erschließung neuer Geschäftsmodelle soll auch in 2024 dazu dienen, neue Aktionäre und Kunden von dem Angebot der GWQ zu überzeugen.

Trotz der allgegenwärtigen inflationsbedingten Kostensteigerungen rechnen wir auch für 2024 mit einem positiven Geschäftsergebnis.

Wesentliche Risiken der Gesellschaft können sich insbesondere durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen sowie durch den anhaltenden Trend zur Konzentration von Krankenkassen und damit einem schrumpfenden Kundenkreis ergeben. Zudem wird sich aufgrund der Vielzahl der vor allem in der letzten und vorletzten Legislaturperiode verabschiedeten finanzwirksamen Gesetze die finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenkassen voraussichtlich weiter verschlechtern. Dieser Effekt wird weiterhin durch die nachlassende Wirtschaftsleistung und eine höhere Inflationsrate verstärkt.

Gesamtwirtschaftlich steht insbesondere die Inflationsentwicklung im Fokus der Risikobetrachtung. So zeigt sich die Inflationsrate zwar für das Jahr 2023 mit 5,9% als rückläufig, bleibt aber dennoch auf einem hohen Niveau. Begründet wird das hohe Niveau weiterhin durch steigende Produktionskosten und gestörte Lieferketten. Da die GWQ darauf angewiesen ist, für sich und ihre Gesellschafter/Kunden Fremdleistungen einzukaufen, ist die Gesellschaft von Preissteigerungen ebenfalls direkt betroffen.

Geopolitisch stellt der anhaltende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und weitere Konflikte weiterhin ein unspezifisches Gesamtrisiko für die Gesellschaft dar. Zudem zeigt sich, dass Deutschland auch im Gesundheitssektor, insbesondere im Arzneimittelmarkt, von Ländern wie China und Indien abhängig ist.

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, gegebenenfalls sich verändernde gesetzliche Rahmenbedingungen und Marktveränderungen frühzeitig zu erkennen, um entsprechend darauf reagieren zu können.

4. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Risikomanagement

Regelmäßige Projektbesprechungen und Team-Meetings gewährleisten einen kontrollierten und planmäßigen Arbeitsablauf. Durch das laufende Controlling und Reporting von Projekt-, Zeit- und Finanzplänen kann frühzeitig eventuell auftretenden Problemen entgegengewirkt werden.

In der GWQ wurden bereits für nahezu alle Prozesse ein Qualitäts- und ein Risikomanagement implementiert. Diese sind im Jahr 2023 weiter optimiert worden.

Düsseldorf, 11. März 2024



Dr. Johannes Thormählen M.H.A.
Vorstand

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

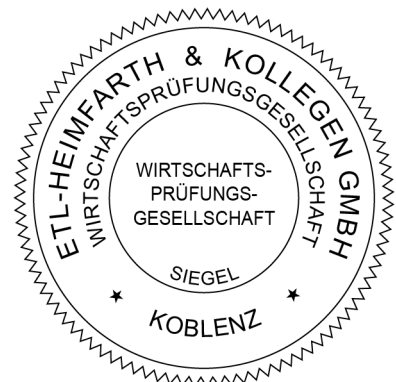
- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Koblenz, 11. März 2024

ETL-Heimfarth & Kollegen GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Joris Bühler
Wirtschaftsprüfer

Helmut Heimfarth
Wirtschaftsprüfer

Rechtliche und steuerliche Verhältnisse

Rechtliche Verhältnisse

- | | |
|-------------------------------|--|
| – Firma | GWQ ServicePlus AG, Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit und Qualität bei Krankenkassen |
| – Sitz | Düsseldorf |
| – Handelsregister-Eintragung | Registergericht Amtsgericht Düsseldorf, HRB 71881
Ein aktueller Handelsregistrauszug vom 21. Februar 2024 lag vor (letzte Eintragung 1. Juni 2022). |
| – Satzung | Gültig i. d. F. vom 15. November 2007, zuletzt geändert am 1. Juli 2020. |
| – Geschäftsjahr | Kalenderjahr |
| – Gegenstand des Unternehmens | <p>Die Erbringung von Dienstleistungen für die gesetzlichen Krankenkassen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit. Dies umfasst fachliche Dienstleistungen, Einkauf und Beschaffung sowie die Erbringung von Serviceleistungen. Daneben sollen Entwicklungsleistungen für Leistungs-, Versicherungs- und Versorgungsangebote erbracht werden.</p> <p>Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die für die Erreichung des Gesellschaftszweckes dienlich sind, diesen fördern und nach Maßgabe der für die Aktionäre geltenden gesetzlichen Bestimmungen zulässig sind. Sie dient der Aufgabenerfüllung der beteiligten Sozialversicherungsträger (§§ 30, 85 SGB IV).</p> |

– Grundkapital

€ 356.743,00 (voll eingezahlt)

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 1. Juli 2020 berechtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 21. Juli 2025 um insgesamt € 35.674,00 durch Ausgabe neuer Stückaktien an Krankenkassen im GKV-System zu erhöhen.

Den Aktionären wird bei einer Kapitalerhöhung grundsätzlich das Recht eingeräumt, neue Aktien zu erwerben, wie dies notwendig ist, um die bisherige Beteiligungsquote beizubehalten (Bezugsrechteinräumung gem. § 186 AktG).

Im Falle der im Berichtsjahr durchgeführten Kapitalerhöhung wurde jedoch das Bezugsrecht der Altaktionäre durch Beschluss der Hauptversammlung vom 1. Juli 2020 ausgeschlossen.

Liste der Aktionäre:

BAHN-BKK
Bertelsmann BKK
BKK B. Braun Aesculap
BKK Groz-Beckert
Mercedes-Benz BKK
vivida bkk
Salus BKK
SBK Siemens-Betriebskrankenkasse
Merck BKK
Audi BKK
SECURVITA BKK
BKK firmus
BERGISCHE KRANKENKASSE
GWQ ServicePlus AG
BKK Voralb HELLER*INDEX*LEUZE
BKK Diakonie
BMW BKK
IKK Brandenburg und Berlin
Koenig & Bauer BKK
BKK Schwarzwald-Baar-Heuberg
Südzucker BKK
BKK Deutsche Bank AG
Krones BKK
IKK Südwest
bkk melitta hmr
Betriebskrankenkasse EWE
Heimat BKK
IKK gesund plus
BKK Faber-Castell & Partner
SKD BKK
DAK-Gesundheit
Mobil Krankenkasse
BKK Akzo Nobel Bayern
BIG direkt gesund
VIATIV Krankenkasse

- Vorstand
 - Herr Dr. Johannes Thormählen M.H.A.
(Humanmediziner), Grünwald
(einzelnvertretungsberechtigt)
- Prokuristen
 - Frau Bettina Middendorf-Piniek (Dipl.-Betriebswirtin),
Meerbusch
 - Herr Oliver Harks (Apotheker), Mülheim an der Ruhr

-
- | | |
|---|--|
| – Aufsichtsrat | Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern: <ul style="list-style-type: none">– Dr. Gertrud Demmler,
Vorständin SBK Siemens-Betriebskrankenkasse
(Vorsitzende des Aufsichtsrates)– Siegfried Gänsler,
Vorstandsvorsitzender vivida bkk
(stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates)– Gerhard Fuchs,
Vorstandsvorsitzender Audi BKK– Thomas Johannwille,
Vorstand Bertelsmann BKK– Ute Schrader,
Vorständin Salus BKK– Gerhard Wargers, (bis 21. Juni 2023)
Vorstand BKK firmus– Daniel Schilling, (ab 21. Juni 2023)
Vorstand IKK Südwest– Toralf Speckhardt, (ab 21. Juni 2023)
Vorstand Mercedes-Benz BKK |
| – Auftrag der Haupt-
versammlung/Beschluss | <ul style="list-style-type: none">• 21. Juni 2023– Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft
zum 31. Dezember 2022– Entlastung des Vorstandes für seine Tätigkeit im
Geschäftsjahr 2022– Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahres-
abschluss zum 31. Dezember 2023 |

Wesentliche Veränderungen der rechtlichen Verhältnisse nach dem Abschlussstichtag liegen nicht vor.

Steuerliche Verhältnisse

- | | |
|-------------------------|---|
| – Zuständiges Finanzamt | Düsseldorf-Altstadt |
| – Steuernummer | 103/5731/2574 |
| – Steuererklärungen | Die Steuererklärungen sind bis zum Veranlagungszeitraum 2022 abgegeben. |
| – Betriebsprüfungen | Im Geschäftsjahr 2020 fand letztmalig eine Betriebsprüfung für die Jahre 2014 bis 2018 statt. |

Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt.

Vermögenslage (Bilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2023 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2022 gegenübergestellt (vgl. Anlage 1).

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2023 und 2022:

Vermögensstruktur

	31.12.2023		31.12.2022		+/-
	T€	%	T€	%	T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	61	0,7	79	1,0	-18
Sachanlagen	1.283	13,8	1.267	15,2	16
Finanzanlagen	13	0,1	0	0,0	13
<u>Langfristig gebundenes Vermögen</u>	<u>1.357</u>	<u>14,6</u>	<u>1.346</u>	<u>16,2</u>	<u>11</u>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.089	33,1	2.323	27,9	766
Sonstige Vermögensgegenstände	115	1,2	20	0,2	95
Rechnungsabgrenzungsposten	715	7,7	520	6,3	195
<u>Kurzfristig gebundenes Vermögen</u>	<u>3.919</u>	<u>42,0</u>	<u>2.863</u>	<u>34,4</u>	<u>1.056</u>
<u>Liquide Mittel</u>	<u>4.043</u>	<u>43,4</u>	<u>4.104</u>	<u>49,4</u>	<u>-61</u>
	<u>9.319</u>	<u>100,0</u>	<u>8.313</u>	<u>100,0</u>	<u>1.006</u>

Kapitalstruktur

	31.12.2023		31.12.2022		+/-
	T€	%	T€	%	T€
Gezeichnetes Kapital	356	3,8	356	4,3	0
Rücklagen	4.012	43,1	4.006	48,2	6
Bilanzgewinn	1.830	19,6	1.403	16,9	427
<u>Eigenkapital</u>	<u>6.198</u>	<u>66,5</u>	<u>5.765</u>	<u>69,4</u>	<u>433</u>
Steuerrückstellungen	274	2,9	85	1,0	189
Kurzfristige sonstige Rückstellungen	1.313	14,1	1.326	15,9	-13
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	470	5,0	380	4,6	90
Übrige Verbindlichkeiten	1.064	11,5	757	9,1	307
<u>Kurzfristiges Fremdkapital</u>	<u>3.121</u>	<u>33,5</u>	<u>2.548</u>	<u>30,6</u>	<u>573</u>
	<u>9.319</u>	<u>100,0</u>	<u>8.313</u>	<u>100,0</u>	<u>1.006</u>

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.006 (= 12,1 %) auf T€ 9.319 erhöht.

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen hat sich von 16,2 % in 2022 auf 14,6 % im aktuellen Geschäftsjahr vermindert.

Die Veränderungen der sonstigen Betriebs- und Geschäftsausstattung (Erhöhung um T€ 413) resultieren aus den Investitionen in die neuen Büroräume und deren Ausstattung in der Ria-Thiele-Straße 2a. Dementsprechend haben sich die geleisteten Anzahlungen im Vergleich zum Vorjahr um T€ 369 verringert.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 715) beinhaltet überwiegend Hard- und Softwarewartungsverträge, Versicherungsbeiträge sowie weitere Servicevereinbarungen, welche Aufwand der kommenden Jahre darstellen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich um T€ 433 (= 7,5 %) auf T€ 6.198 erhöht. Die Erhöhung resultiert aus dem Jahresüberschuss 2023 (T€ 1.139), einer Erhöhung der Kapitalrücklage und dem Verkauf eigener Aktien um € 5.500,00 sowie einer Dividendenzahlung von T€ 711.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt damit zum Abschlussstichtag 66,5 % (Vorjahr: 69,4 %).

Das verfügbare Kapital (Restlaufzeit bis zu einem Jahr) hat sich um T€ 573 auf T€ 3.121 erhöht. Ursache hierfür ist die stichtagsbedingte Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (um T€ 90), der Erhöhung der übrigen Verbindlichkeiten (um T€ 306) sowie der Verringerung der sonstigen Rückstellungen (um T€ 13) und dem Anstieg der Steuerrückstellungen (um T€ 190).

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich in Kennzahlen wie folgt dar:

	<u>2023</u>	<u>2022</u>
Sachanlagenintensität in %	13,8	15,2
Eigenkapitalquote in %	66,5	69,4

Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 21 zur Kapitalflussrechnung mit entsprechendem Vorjahresausweis erstellt:

	2023 T€	2022 T€
Periodenergebnis	1.139	451
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	426	343
+ Zunahme der Rückstellungen	177	193
- / + Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)	-1.057	136
+ / - Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)	396	-59
+ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	66
+ / - Zinsaufwendungen/Zinserträge	2	-3
+ Ertragsteueraufwand/-ertrag	539	222
- Ertragsteuerzahlungen/Ertragsteuererstattungen	-539	-222
= Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	<u>1.083</u>	<u>1.127</u>
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	-58
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	110	0
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-534	-1.137
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-13	0
+ Erhaltene Zinsen	0	5
= Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	<u>-437</u>	<u>-1.190</u>
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	6	50
- Gezahlte Zinsen	-2	-2
- Gezahlte Dividenden an Gesellschafter	-711	-709
= Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-707</u>	<u>-661</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-61	-724
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>4.105</u>	<u>4.829</u>
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>4.044</u>	<u>4.105</u>
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Zahlungsmittel	<u>4.044</u>	<u>4.105</u>

Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2023 und 2022 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2023		2022		+/-	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	15.028	100,0	13.193	100,0	1.835	13,9
<u>Betriebsleistung</u>	15.028	100,0	13.193	100,0	1.835	13,9
Materialaufwand	-2.595	-17,3	-2.564	-19,4	-31	-1,2
Personalaufwand	-8.397	-55,9	-7.670	-58,1	-727	-9,5
Abschreibungen	-426	-2,8	-343	-2,6	-83	-24,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.490	-16,6	-2.341	-17,7	-149	-6,4
<u>Betriebsaufwand</u>	-13.908	-92,6	-12.918	-97,8	-990	-7,7
Sonstige betriebliche Erträge	560	3,7	395	3,0	165	41,8
<u>Betriebsergebnis</u>	1.680	11,1	670	5,2	1.010	>100,0
Finanz- und Beteiligungsergebnis	-2	0,0	3	0,0	-5	<-100,0
<u>Ergebnis vor Ertragsteuern</u>	1.678	11,1	673	5,2	1.005	>100,0
Ertragsteuern	-539	-3,6	-222	-1,7	-317	<-100,0
<u>Jahresergebnis</u>	1.139	7,5	451	3,5	688	>100,0

Die Betriebsleistung der Gesellschaft hat sich gegenüber 2022 um T€ 1.835 (= 13,9 %) auf T€ 15.028 erhöht.

Der Materialaufwand in Höhe von T€ 2.595 ist gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % gestiegen und besteht ausschließlich aus bezogenen Leistungen.

Der Personalaufwand in Höhe von T€ 8.397 trägt als größter Aufwandsposten den maßgeblichen Anteil an der Veränderung des Betriebsergebnisses. Ein Anteil von T€ 1.324 betrifft hiervon die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung.

Bei den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen (T€ 426) handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 2.490 haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 149 (= 6,4 %) erhöht.

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zu 2022 um T€ 1.010 auf T€ 1.680 verbessert. Maßgeblich hierfür ist insbesondere die Ausweitung der Betriebsleistung bei relativ zurückgehendem Betriebsaufwand.

Das Finanz- und Beteiligungsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 5 verschlechtert (T€ -2, Vorjahr: T€ 3).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von T€ 539 haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 317 erhöht.

Insgesamt ergibt sich in 2023 ein Jahresüberschuss von T€ 1.139 (Vorjahr: Jahresüberschuss von T€ 451).

Die Ergebnisstruktur stellt sich in Kennzahlen wie folgt dar:

	<u>2023</u>	<u>2022</u>
Eigenkapitalrentabilität in %	18,4	7,8
$\frac{\text{Ergebnis nach Ertragsteuern} * 100}{\text{Eigenkapital}}$		
Materialintensität in %	17,3	19,4
$\frac{\text{Materialaufwand} * 100}{\text{Gesamtleistung}}$		
Personalintensität in %	55,9	58,1
$\frac{\text{Personalaufwand} * 100}{\text{Gesamtleistung}}$		

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenerstattung verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenerstattung nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.



ETL-Heimfarth & Kollegen GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft